

Jetzt gilt's!

Autor(en): **Landolt, Emil**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **22 (1966)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-846436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jetzt gilt's! Von Dr. Emil Landolt,

Präsident des Aktionskomitees Stimmrecht für Mann und Frau

Auf allen Gebieten des Lebens gibt es eine fortlaufende Entwicklung. In Technik, Wissenschaft, Bildung, Sozialarbeit sehen wir Fortschritte — wie kaum in früheren Zeiten. Nur auf dem Gebiet der politischen Gleichberechtigung will es nicht recht vorwärts gehen. Und doch wird das Frauenstimmrecht kommen, bei uns im Kanton Zürich hoffentlich am 20. November! Das Problem der gleichen Rechte der Menschen findet *keine Ruhe*, solange es nicht in positivem Sinne gelöst ist.

Die Schweiz rühmt sich, die *älteste Demokratie* der Welt zu sein. Das trifft aber nur in beschränktem Masse zu. Das Volk in den Untertanengebieten kannte keine Gleichberechtigung; die Hintersassen in den Städten erfreuten sich nicht derselben Privilegien wie die herrschende Bürgerklasse. Erst die Grundsätze der französischen Revolution beseitigten gewisse Rechtsungleichheiten. Aber noch lange war das Wahl- und Stimmrecht abhängig von einem bestimmten Minimalvermögen, die Armengenössigen durften noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht zur Urne gehen. Heute sind diese Ungleichheiten verschwunden — wenigstens, was die Männer betrifft.

Geblichen aber ist die verschiedene Behandlung von Mann und Frau. Die natürliche Entwicklung kann dabei nicht stille stehen. *Es ist* unlogisch, einen Unterschied in der politischen Sphäre zu machen, wo doch Frau und Mann gegenüber dem Staat die gleichen Rechte und Pflichten haben. Da wenden die Gegner ein, die Frauen unterständen nicht der Militärflicht. Konsequenterweise müsste dann aber auch den Männern das Stimmrecht vorenthalten werden, die aus irgend einem Grund keinen Militärdienst leisten oder aus ihm entlassen sind, abgesehen davon dürften auch die Frauen eher bereit sein, ein *Obligatorium für gewisse Dienstleistungen* für den Staat zu akzeptieren, wenn sie auf der andern Seite politisch beim Aufbau unserer Heimat mitreden könnten.

Zugegebenermassen empfinden viele Frauen kein Bedürfnis nach politischer Gleichberechtigung. Das spielt keine Rolle. Das Frauenstimmrecht ist kein Geschenk der Männer an die Frauen, das erst dann Gültigkeit erhalte, wenn es die Mehrheit der Frauen anzunehmen bereit wäre. *Die Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau ergibt sich aus Ueberlegungen der Logik, der Ethik, des rechtlichen Empfindens.* Es genügt vollkommen zur Begründung, dass so und so viele Frauen unter dem heutigen Zustand bitter leiden und ihre heutige Stellung als unrecht empfinden. Es liegt im Wesen der Demokratie, dass sie auf solche Gefühle Rücksicht nimmt. So hoffe ich denn auf einen *positiven Ausgang des Männerentscheides vom 20. November*. Aber ich füge gleichzeitig bei, dass es in erster Linie Sache der Frauen ist, durch lebhaftes Interesse an den staatlichen Aufgaben und Pflichten die Bedenken zu zerstreuen, die heute noch leider viele Männer veranlassen, dem Frauenstimmrecht ablehnend gegenüberzustehen.